



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Mehrgenerationenhäuser im bisherigen Umfang durch den Bund weiter fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt den Gedanken und die Förderung von Mehrgenerationenhäusern zur Aktivierung von Zivilengagement und des Miteinanders der Generationen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über eine Bundesratsinitiative die Fortsetzung des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhaus durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über das Jahr 2011 hinaus im bisherigen Förderumfang von 500 Einrichtungen und mit einem jährlichen Förderbetrag in Höhe von 40.000 Euro je Einrichtung aus Bundesmitteln zu erwirken.

Begründung:

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaus läuft mit Ende des Jahres 2011 aus. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ein Folgeprogramm für den Zeitraum von 2012 bis 2014 aufgelegt. In diesem Folgeprogramm wird die Zahl der geförderten Einrichtungen von bisher 500 auf 450 gesenkt. Als jährliche Fördersumme ist ein Betrag von weiterhin 40.000 Euro vorgesehen, von dem der Bund jedoch nur noch 30.000 Euro übernimmt. Der restliche Förderbetrag von 10.000 Euro jährlich soll als Kofinanzierung von den Kommunen oder Ländern getragen werden.

Vor dem Hintergrund der bedrängten Haushaltssituation der Kommunen droht mit der erforderlichen Kofinanzierung das Ende einer Reihe von bisher erfolgreich arbeitenden Mehrgenerationenhäusern. Die Kofinanzierung wäre als so genannte „Freiwillige Leistung“ gerade aus dem Bereich der kommunalen Haushaltsmittel zu erbrin-

gen, der traditionell den typischen Spielraum für kommunale Haushaltskürzungen bildet. Nur eine Fortsetzung des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhaus im Wege der Hundert-Prozent-Förderung durch den Bund kann sicherstellen, dass Mehrgenerationenhäuser nicht allein wegen einer fehlenden Kofinanzierung geschlossen werden müssen.

Antje Jansen
und Fraktion